

Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Reker

Geschäftsführung

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Sitzung am 03.12.2020

Antrag „Durchführung hybrider Gremiensitzungen“

Bitte an Frau Oberbürgermeisterin Reker um persönliche Initiative an die Landesregierung zur Schaffung notwendiger rechtlicher Voraussetzungen zur Durchführung hybrider Sitzungen

Beschluss:

Das aktuelle Landesrecht des Landes Nordrhein Westfalen verhindert die Durchführung von Gremiensitzungen in hybrider Form. Gremienmitglieder müssen persönlich am Sitzungsort an der Gremiensitzung teilnehmen, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Nur wer anwesend ist, kann von seinem Rederecht und / oder Stimmrecht Gebrauch machen.

Wir bitten Sie, Frau Oberbürgermeisterin Reker, sich bei der Landesregierung und den Abgeordneten im Landtag des Landes NRW persönlich dafür einzusetzen, dass mit einer entsprechenden Änderung des Landesrechts die Durchführung von Gremiensitzungen in hybrider Form ermöglicht wird. Das Ziel ist eine Teilnahme der Gremienmitglieder auch in anderer Form ohne Einschränkung der Teilnahme an einer Diskussion und die Ausübung des Rederechts bzw. des Stimmrechts.

Begründung:

Die Gefahren, die von dem CoVid19-Virus ausgehen, haben zu einer Reihe von Verhaltensempfehlungen an die Bürger*innen und Maßnahmen von Bund, Land und Stadt Köln geführt, um die Ausbreitung des Virus zu bekämpfen und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen.

Gremien sind angehalten, soweit wie möglich die Teilnehmerzahl zu reduzieren, auf Diskussionen und Rückfragen zu Themen der Tagesordnung zu verzichten. Wortmeldungen sollen nur in schriftlicher Form vorab eingereicht werden. Gleichzeitig entscheiden sich Gremienmitglieder aus persönlichen gesundheitlichen

Gründen oder der persönlichen Bewertung der Gefahrenlage gegen eine Teilnahme oder nehmen möglicherweise nur mit großer Sorge an den Gremien teil.

Das Mittel der Diskussion zur politischen Meinungsbildung ist damit nur stark reduziert oder überhaupt nicht mehr einsetzbar. Ein Austausch interessengleicher Gremienmitglieder in der Sitzung stark erschwert; Tagesordnungspunkte müssen verschoben werden.

Wir müssen feststellen, dass damit die politische Partizipation stark erschwert wird und nicht im notwendigen Maße gesichert ist.

Menschen mit Behinderungen sind von den Gefahren des CoVid19-virus sehr stark betroffen oder fürchten die gesundheitlichen Risiken einer eventuellen Infektion besonders. Trotzdem wollen sie unverändert ihre Aufgaben und Rechte als Gremienmitglieder wahrnehmen und sich persönlich einbringen, um die Stadtgesellschaft weiter zu entwickeln.

Eine Durchführung der Gremiensitzungen in hybrider Form mit der Möglichkeit, dem Geschehen zu folgen, an Diskussionen teilzunehmen und ein Stimmrecht auszuüben, würde die Möglichkeit der politischen Partizipation sichern und stärken.

Neben der Bereitstellung entsprechender digitaler Lösungen ist eine Änderung im Landesrecht notwendig, es liegt also außerhalb der direkten Kompetenzen des Rates der Stadt Köln.

Wir bitten Sie daher, uns mit Ihrer Stimme und Einfluss bei der Landesregierung zu unterstützen, indem Sie unseren Vorschlag auf entsprechende Änderung des Landesrechts vortragen.

Es dürfte ein Vorhaben sein, das im Interesse aller Gremien ist, also unabhängig vom Thema der besonderen Betroffenheit in Verbindung mit einer Behinderung. Eine angepasste Rechtslage mit neuen Lösungen für derart nicht im Rechtssystem bedachte Krisen würde allen helfen.

Gez. **Paul Intveen**

Für die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Köln, **30.11.2020**